

Parteien, Parteiensystem und Koalitionsgefüge vor der Bundestagswahl 2013

von Eckhard Jesse

Obwohl die Union und die FDP 2009 ihre „Wunschkoalition“ bilden konnten, blieb diese in ihren Leistungen hinter den Erwartungen zurück. Allerdings vermochten es SPD und Grüne nicht, die Regierungsparteien in Bedrängnis zu bringen. Was arithmetisch möglich ist (Schwarz-Rot bzw. Schwarz-Grün), ist politisch nicht gewünscht. Und was politisch gewünscht ist, ist arithmetisch nicht besonders wahrscheinlich (Schwarz-Gelb) bzw. nahezu unmöglich (Rot-Grün). Wer angesichts der vielen Vetospieler in Deutschland konkordanzdemokratische Mechanismen präferiert, sieht lagerübergreifende Bündnisse nicht als sinnvoll an. Der Parteienverdross könnte weiter zunehmen. Bei der Bundestagswahl 2013 spricht ungeachtet der hohen Volatilität viel für die Fortsetzung der Kanzlerschaft Angela Merkels – sei es in einer schwarz-gelben, sei es in einer schwarz-roten, sei es in einer schwarz-grünen Konstellation. Die Frage nach der Koalition ist im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 die entscheidende.

Although Germany's Christian Democrats and Liberals were able to form their desired coalition in 2009, the performance of this alliance fell short of meeting even a fraction of the expectations it had created. However, the opposition, primarily the Social Democrats and the Greens, failed to corner the governing parties. Looking ahead to this year's federal elections, the options that seem arithmetically possible are not seen as politically desirable (either a Grand Coalition or a CDU/CSU-Green Party alliance). On the other hand, those coalitions that are seen as politically desirable appear arithmetically unlikely (a continuation of the current coalition) or nearly impossible (a return of the SPD-Green alliance). In view of the large number of veto-players, all those who prefer consensus-oriented democratic mechanisms tend to view cross-bench coalitions as hazardous. They tend to cause further electoral alienation. Despite high voter volatility, there is strong evidence for a continuation of Angela Merkel's chancellorship – supported by a coalition of her party with either the Liberals, or the Social Democrats, or the Greens. Coalition calculus thus poses the pivotal question in the run-up to the 2013 Bundestag election.

I. Einleitung

„Die Seltenheit absoluter Wahlsiege und die Häufigkeit nachträglich geschmiedeter Regierungsbündnisse belegen den geringen Einfluss der Wähler auf das tatsächliche Ergebnis der Wahl.“¹ Diese jüngst von *Georg Paul Hefty* vertretene

1 So *Hefty, G.P.*: Das deutsche Politikroulette. Bürgerwille – Parteiziele – Kandidaten – Koalitionen, München, 2013, 8.

These spielt darauf an, dass mit der Wahl einer Partei nicht zugleich die Wahl einer Koalition verbunden ist. Ob das so stimmt, soll in diesem Beitrag untersucht werden.

Zunächst geht es um einen knappen Überblick zum Wahlverhalten, zum Parteiensystem und zum Koalitionsgefüge von der deutschen Einheit bis zum Jahre 2009. Danach steht die Situation seit der letzten Bundestagswahl 2009 im Vordergrund. Wie ist die Arbeit der schwarz-gelben Koalition zu bewerten, wie fielen die Landtagswahlen seither aus, welche Koalitionsveränderungen vollzogen sich? Schließlich wird u.a. mit Blick auf das jeweilige Wahlprogramm die Rolle der Parteien im Wahljahr gewürdigt:² die der zwei großen (Union und SPD), die der drei „mittleren“ (Grüne, Linke, FDP) sowie die der vier kleinen (AfD, „Piraten“, „Freie Wähler“, NPD). Es folgt eine Analyse des gegenwärtigen und künftigen Parteiensystems im Hinblick auf arithmetische und politische Koalitionsmöglichkeiten.³ Dieser Gesichtspunkt kann nicht der einzige sein, der in die Beurteilung einzufließen hat. Bei der Frage, ob eine Koalition sinnvoll ist, orientiert sich der Beitrag an konkurrenzdemokratischen Kriterien und schließt mit einem zusammenfassenden Ausblick, der einige unvermeidlich spekulative Elemente enthält.

II. Wahlverhalten, Parteiensystem und Koalitionskonstellationen von 1990 bis 2009

Der Wandel des Wahlverhaltens gegenüber der Zeit vor der deutschen Einheit ist mit Händen zu greifen. So stimmten bei den Bundestagswahlen 1972 und 1976 mehr als 80 Prozent der Wahlberechtigten für die beiden großen Volksparteien Union und SPD – über 90 Prozent der Wähler bei einer Wahlbeteiligung von über 90 Prozent. Hingegen erreichten die Union und die SPD 2009 nicht einmal 40 Prozent der Wahlberechtigten – nur 56,8 Prozent votierten für die beiden

2 Vgl. dazu die Beiträge zu einzelnen Parteien in dieser Zeitschrift: *Heinrich Oberreuter* zur CSU (Heft 2/2011), *Franz Walter/Matthias Micus* zur SPD (Heft 3/2011), *Tilman Mayer* zur CDU (Heft 2/2012), *Joachim Raschke/Ralf Tils* zu den Grünen (Heft 4/2012), *Hans Vorländer* zur FDP (Heft 1/2013).

3 Ein großer Teil der Koalitionsforschung geht von folgenden Koalitionsmotiven aus: *office-seeking* (hoher Gewinn von Ämtern), *policy-seeking* (starke Übereinstimmung in den Zielen), *vote-seeking* (möglichst gutes Ergebnis bei Wahlen). Vgl. *Strøm, K.*: A Behavioral Theory of Competitive Political Parties, in: *Wolinetz, S.B.* (Hrsg.): *Party Systems*, Aldershot, 1998, 191-224. Tatsächlich spielen weitere Motive eine Rolle, etwa personelle Affinitäten der Spitzenkandidaten oder Erfahrungen in der Zusammenarbeit der Parteien. An dieser Stelle wird darauf verzichtet, einen Kriterienkatalog zu erstellen und eine Prüfung vorzunehmen. Im Übrigen hat *Roland Sturm* zu Recht immer wieder auf die Bedeutung von *identity-seeking* hingewiesen.

(einstigen) Großparteien bei einer Beteiligungsquote von 70,8 Prozent.⁴ Überspitzt formuliert: Beiden fehlt es an einem „Markenkern“. Bei der Bundestagswahl 1957 erreichte die Union 50,2 Prozent der Stimmen – nur bei dieser Wahl war eine absolute Mehrheit für eine Partei zustande gekommen.⁵

Der Wandel des Wahlverhaltens, des Parteiensystems und der jeweiligen Koalitionskonstellation stellt die Parteien vor schwierige Herausforderungen. Die Wähler entscheiden immer kurzfristiger, die Zahl der Stammwähler sinkt, die der Wechselwähler steigt ebenso wie die der Nichtwähler. Das Parteiensystem erweitert sich – dadurch erschweren und verbreitern sich die Koalitionskonstellationen. Im Gegensatz zum Wahlverhalten und zum Parteiensystem kommt die Analyse des Koalitionsgefüges vielfach zu kurz.⁶

Die Koalitionsbildung lief in der „alten“ Bundesrepublik im Bund nahezu reibungslos ab, da die Liberalen von Anfang an vor einer Bundestagswahl mehr oder weniger klare Koalitionsaussagen trafen. So stellte die Union von 1949 bis 1969, die SPD von 1969 bis 1982 und die Union von 1982 bis 1990 den Kanzler. Die FDP war in allen Phasen an der Regierung beteiligt, in der ersten mit Unterbrechungen (1956-1961 und 1966-1969). Auch wenn etwa 1976 die Union mit 48,6 Prozent mit weitem Abstand zur stärksten Partei avancierte, galt die Koalition zwischen den beiden Verlierern, SPD und der FDP, aufgrund der Koalitionssignale der Liberalen und der Sozialdemokraten als legitimiert. Probleme bei der Koalitionsbildung traten nicht auf, jedenfalls nicht im Bund und nur selten in den Ländern⁷ – etwa in der ersten Hälfte der 80er Jahre, als die Grünen sich etwa in Hamburg und Hessen weigerten, in die Regierung zu gehen und das abschätzig gebrauchte Wort von den „Hamburger“ bzw. „hessischen Verhältnissen“ die Runde machte.

4 Vgl. *Jesse, E.*: Die Volksparteien nach der Bundestagswahl 2009. Gravierende Symptome einer Krise, in: *Politische Studien* 60 (2009), H. 6, 35-45; *Eith, U.*: Volksparteien unter Druck. Koalitionsoptionen, Integrationsfähigkeit und Kommunikationsstrategien nach der Übergangswahl 2009, in: *Korte, K.-R.* (Hrsg.): *Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*, Wiesbaden, 2010, 117-129.

5 Allerdings hatte die Union 1953 mit 45,2 Prozent der Stimmen eine hauchdünne absolute Mehrheit der Mandate (244 von 487) erzielt. Gleichwohl gab es 1953 wie 1957 keine Einparteien-, sondern eine Koalitionsregierung.

6 Siehe jetzt *Decker, F./Jesse, E.* (Hrsg.): *Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013. Parteiensystem und Regierungsbildung im internationalen Vergleich*, Baden-Baden, 2013.

7 Vgl. *Jun, U.*: *Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern. Theoretische Betrachtungen, Dokumentation und Analyse der Koalitionsbildung auf Länderebene seit 1949*, Opladen, 1994.

Nach der deutschen Einheit wurde die Koalitionsbildung schwieriger – nicht zuletzt deshalb, weil sich die PDS (1990-2005), die Linkspartei (2005-2007) und die Linke (so der Name nach der Vereinigung mit der WASG) gut zu behaupten vermochte. Sie konnte 2009 (11,9 Prozent) fünfmal mehr Stimmen auf sich vereinigen als bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 (2,4 Prozent). Die kompliziert gewordene Koalitionsforschung ist aber nicht auf die Erweiterung zum „fluiden Fünfparteiensystem“⁸ zurückzuführen, sondern auf die Spezifika dieser fünften Partei. Sie gilt auf Bundesebene für die SPD – zu Recht⁹ – nicht als koalitionsfähig. Selbst wenn die FDP scheitern sollte und nur vier Parteien im Bundestag vertreten wären, änderte sich an der komplizierten Koalitionsprozedur wenig. Die Linke könnte durch ihre parlamentarische Existenz als eine Art „Sperrriegel“ in Erscheinung treten, indem sie eine Alleinregierung der Union ebenso torpediert wie eine Koalition der SPD mit den Grünen.

Verfügte die schwarz-gelbe Regierung 1990 noch über eine klare Mehrheit, so fielen in der Folgezeit die Ergebnisse knapper aus. Bei den Bundestagswahlen 1994, 1998 und 2002 hätte die PDS beinahe eine schwarz-gelbe oder rot-grüne Mehrheit verhindert. Mit Hilfe von Überhangmandaten ließ sich der hauchdünne Vorsprung des jeweiligen Zweier-Bündnisses ausbauen. 2002 war die Fortsetzung der rot-grünen Koalition nur wegen des Scheiterns der PDS an der Fünfprozenthürde möglich. Im Jahr 2005 trat die Blockierung einer herkömmlichen Zweier-Koalition ein. Wie 1949 reichte es nicht für ein Bündnis einer großen mit einer kleinen Partei. Aber anders als 1949 – die Union ging mit der FDP und der DP ein Bündnis ein – entstand keine Koalition aus einer großen Partei und zwei kleinen. Weder schafften es SPD und Grüne, die Liberalen für eine Allianz zu gewinnen, noch die CDU und die FDP, die Grünen auf die eigene Seite zu ziehen. Der einzige Ausweg: eine Große Koalition. Wer die Wahlen im Osten und im Westen gesondert betrachtet, erkennt 2002 und 2005 in den alten Ländern eine „bürgerliche“ Mehrheit. Diese kam bundesweit 2009 zustande – nicht zuletzt wegen des überragenden Abschneidens der Liberalen und der schwachen SPD (vgl. Tab. 1). Der Erfolg der FDP wurde wesentlich durch den „Linksrutsch“ der Union während der Großen Koalition begünstigt. Vereinfacht ausgedrückt: Die Union gewann einen Teil ihrer Stimmen aus dem Elektorat von SPD und Grünen, musste zugleich aber mehr Stimmen an die FDP abgeben. Unter dem Strich trug dieser Befund Züge eines Plussummenspiels.

8 So *Niedermayer, O.*: Das fluide Fünfparteiensystem nach der Bundestagswahl, Wiesbaden, 2008, 9-35.

9 Vgl. *Jesse, E./Lang, J.P.*: DIE LINKE – eine gescheiterte Partei?, München, 2012.

Tabelle 1: Wahlverhalten im Wahlgebiet Ost und im Wahlgebiet West bei den Bundestagswahlen 1990 bis 2009 im Vergleich (in Prozent)

Bundestagswahlen 1990	Gesamt	Ost	West
SPD	33,5	24,3	35,7
CDU/CSU	43,8	41,8	44,3
FDP	11,0	12,9	10,6
B90/Gr.	5,0	6,1	4,8
PDS	2,4	11,1	0,3
Rechtsextreme Parteien*	2,4	1,6	2,6
Sonstige	1,9	2,2	1,7
Bundestagswahlen 1994			
SPD	36,4	31,5	37,5
CDU/CSU	41,5	38,5	42,1
FDP	6,9	3,5	7,7
B90/Gr.	7,3	4,3	7,9
PDS	4,4	19,8	0,9
Rechtsextreme Parteien*	1,9	1,3	2,0
Sonstige	1,6	1,1	1,9
Bundestagswahlen 1998			
SPD	40,9	35,1	42,3
CDU/CSU	35,1	27,3	37,0
FDP	6,2	3,3	7,0
B90/Gr.	6,7	4,1	7,3
PDS	5,1	21,6	1,2
Rechtsextreme Parteien*	3,3	5,0	2,8
Sonstige	2,7	3,6	2,4
Bundestagswahlen 2002			
SPD	38,5	39,7	38,3
CDU/CSU	38,5	28,3	40,8
FDP	7,4	6,4	7,6
B90/Gr.	8,6	4,7	9,4
PDS	4,0	16,9	1,1
Rechtsextreme Parteien*	1,0	1,7	0,9
Sonstige	2,3	5,0	1,9
Bundestagswahlen 2005			
SPD	34,2	30,4	35,1
CDU/CSU	35,2	25,3	37,5
FDP	9,8	8,0	10,2
B90/Gr.	8,1	5,2	8,8
PDS	8,7	25,3	4,9
Rechtsextreme Parteien*	2,2	4,2	1,7
Sonstige	1,7	1,5	1,8
Bundestagswahlen 2009			
SPD	23,0	17,9	24,1
CDU/CSU	33,8	29,8	34,6
FDP	14,6	10,6	15,4
B90/Gr.	10,7	6,8	11,5
PDS/Die LINKE	11,9	28,5	8,3
Rechtsextreme Parteien*	2,0	3,5	1,7
Sonstige	4,0	2,9	4,4

* *Anmerkung:* 1990, 2002, und 2005 kandidierten die Republikaner und die NPD, 1994 nur die Republikaner; 1998 und 2009 die Republikaner, die NPD und die DVU. Die Republikaner sind seit einigen Jahren nicht mehr als rechtsextrem anzusehen. *Quelle:* Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlstatistiken.

III. Entwicklung zwischen 2009 und 2013

War die ungewollte Große Koalition mehr ein Reform- als ein Blockadebündnis,¹⁰ so erwies sich die gewollte „bürgerliche“ Koalition aus Union und FDP keineswegs als eine „durchgreifende“ Lösung. Angekündigte „Politikwenden“ blieben aus. Im Gegenteil – es gab „Politikwenden“ in eigener Sache – etwa bei der Kernenergie, der Wehrpflicht und dem gesetzlichen Mindestlohn. Allerdings stand die Regierung unter dem Druck der Euro-Krise, die Deutschland unter der Union und der FDP weitaus besser meisterte als die Mehrheit der anderen EU-Länder. „Filtert man den globalen Rundumschlag an zeitgenössischer Kritik, dem sich bisher (fast) jede Koalition ausgesetzt sah – und insbesondere diejenigen, die ein Lagerbündnis repräsentierten und besonders ambitioniert als Projekt starteten –, bleibt festzuhalten, dass sich das schwarz-gelbe Bündnis mit seiner pragmatischen Wendigkeit nur wenig von seinen Amtsvorgängern abhebt.“¹¹

Bekanntlich wird die Hauptregierungspartei im Bund bei Landtagswahlen oft „abgestraft“. Dies trifft vor allem dann zu, wenn die Landtagswahlen in einem gewissen zeitlichen Abstand zur Bundestagswahl stattfinden („*midterm*-Effekt“). So hat die Union bei fast allen der zwölf Landtagswahlen seit der Bundestagswahl 2009 – davon zweimal in Nordrhein-Westfalen – Einbußen erlitten (vgl. Tab. 2). Dieser Umstand führte zu Regierungswechseln, zumal dann, wenn der kleine Koalitionspartner – in diesem Fall die FDP – in eine Krise geriet, massiv einbrach und zum Teil nicht mehr in die Landesparlamente einzog.¹² So verlor die Union in Nordrhein-Westfalen (2010), in Hamburg (2011), in Baden-Württemberg (2011), in Schleswig-Holstein (2012) und in Niedersachsen (2013) das Amt des Regierungschefs (vgl. Tab. 3). Nur in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern änderte sich an den vorherigen Koalitionskonstellationen nichts.

Die Parteien neigen häufig dazu, Landtagswahlen als Test für den Bund anzusehen – wenn sie Erfolg hatten. Im umgekehrten Fall verweisen sie auf regionale Besonderheiten. Tatsächlich beschränken sich die Wahlkampfthemen nicht auf

10 Vgl. dazu *Egle, Ch./Zohnhöfer, R.* (Hrsg.): Die Große Koalition 2005-2009. Eine Bilanz der Regierung Merkel, Wiesbaden, 2010.

11 *Kallinich D./Schulz, F.*: Halbzeitbilanz: Versäumnisse eines erklärungsarmen Pragmatismus, in: *Dies.* (Hrsg.): Halbzeitbilanz. Parteien, Politik und Zeitgeist in der schwarz-gelben Koalition 2009-2011, Stuttgart, 2011, 357.

12 Vgl. für Einzelheiten *Jesse, E./Sturm, R.* (Hrsg.): „Superwahljahr“ 2011 und die Folgen, Baden-Baden, 2012.

Tabelle 2: Ergebnisse der Landtagswahlen seit der Bundestagswahl 2009 im Vergleich zum vorherigen Wahlausgang (Unterschiede in Prozentpunkten)

Land	CDU/CSU	SPD	B 90/GRÜNE	FDP	PDS/ Die LINKE
NW (09.05.10)	34,6 (-10,2)	34,5 (-2,6)	12,1 (+5,9)	6,7 (+0,5)	5,6 (+4,7)
HH (20.02.11)	21,9 (-20,7)	48,3 (+14,2)	11,2 (+1,6)	6,6 (+1,8)	6,4 (0,0)
SA (20.03.11)	32,5 (-3,7)	21,5 (+0,1)	7,1 (+3,5)	3,8 (-2,9)	23,7 (-0,4)
BW* (27.03.11)	39,0 (-5,2)	23,1 (-2,1)	24,2 (+12,5)	5,3 (-5,4)	2,8 (-0,3)
RP† (27.03.11)	35,2 (+2,4)	35,7 (-9,9)	15,4 (+10,8)	4,2 (-3,8)	3,0 (+0,4)
BR (22.05.11)	20,1 (-5,5)	38,6 (+1,9)	22,5 (+6,0)	2,4 (-3,6)	5,9 (-2,5)
MV (04.09.11)	23,1 (-5,7)	35,7 (+5,5)	8,4 (+5,0)	2,8 (-6,8)	18,4 (+1,6)
BE‡ (18.09.11)	23,3 (+2,0)	28,3 (-2,5)	17,6 (+4,5)	1,8 (-5,8)	11,7 (-1,7)
SL‡ (25.03.12)	35,2 (+0,7)	30,6 (+6,1)	5,0 (-0,9)	1,2 (-8,0)	16,1 (-5,2)
SH‡ (06.05.12)	30,8 (-0,7)	30,4 (+5,0)	13,2 (+0,8)	8,2 (-6,7)	2,2 (-3,8)
NW‡ (13.05.12)	26,3 (-8,2)	39,1 (+4,7)	11,3 (-0,8)	8,6 (+1,9)	2,5 (-3,1)
NS‡ (20.01.13)	36,0 (-6,5)	32,6 (+2,3)	13,7 (+5,7)	9,9 (+1,7)	3,1 (-4,0)

* Bei der Landtagswahl 2006 erreichte die *Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit* (WASG) 3,1 Prozent. In den amtlichen Statistiken wird dieses Ergebnis mit dem der *LINKE* verrechnet.

† Bei der Landtagswahl 2006 erreichte die *Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit* (WASG) 2,6 Prozent. In den amtlichen Statistiken wird dieses Ergebnis mit dem der *LINKE* verrechnet.

‡ Ergebnisse der Piratenpartei bei diesen Landtagswahlen: Berlin (8,9 [+8,9]), Saarland (7,4 [+7,4]), Schleswig-Holstein (8,2 [+6,4]), Nordrhein-Westfalen (7,8 [+6,3]), Niedersachsen (2,1 [+2,1]).

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlstatistiken.

landesspezifische Eigentümlichkeiten, sondern beziehen die Bundespolitik ein¹³, zum Teil auch deshalb, weil die Landespolitik aufgrund ihres geringen Grades an Publizität sich weniger zur Mobilisierung von Wählern eignet, zumal die effektiven Unterschiede zwischen den Parteien als kaum wahrnehmbar erscheinen. In den letzten Jahren hat sich die Regionalisierung des Wahlverhaltens beträchtlich erhöht, sind die territorialen Effekte stärker geworden. So gehen etwa die immensen Verluste der CDU bei der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft 2011 in Höhe von 20,7 Prozentpunkten wesentlich auf den Rückzug des früheren Ersten Bürgermeisters *Ole von Beust* zurück. Und die enormen Stimmengewinne der Grünen von 12,5 Punkten bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg sind eine Reaktion auf den Atomreaktorunfall im japanischen Fukushima. Die Konsequenz: der erste Ministerpräsident aus den Reihen der Grünen.¹⁴

13 Vgl. *Vökl, K.*: Reine Landtagswahlen oder regionale Bundestagswahlen? Eine Untersuchung des Abstimmungsverhaltens bei Landtagswahlen 1990-2006, Baden-Baden, 2009.

14 Zuvor hatte es nur zwei Regierungschefs gegeben, die nicht aus den Reihen der Union und der SPD stammen: Reinhold Maier (FDP) in Baden-Württemberg von 1952 bis 1953 (und vorher in Württemberg-Baden von 1949 bis 1952) sowie Heinrich Hellwege (DP) in Niedersachsen von 1955 bis 1959.

Tabelle 3: Parlamentsparteien und Regierungsparteien in den Bundesländern seit der Bundestagswahl 2009 (im Vergleich zum vorherigen Wahlausgang)

Land	Parlamentsparteien, geordnet nach der Stärke	Regierungsparteien
NW	CDU – SPD – FDP – Die LINKE – B 90/Gr (CDU – SPD – B 90/Gr – FDP – Die LINKE)	SPD – B 90/Gr [†] (CDU – FDP)
HH	SPD – CDU – Grüne/GAL – FDP – Die LINKE (SPD – CDU – Grüne/GAL – FDP – Die LINKE)	SPD (CDU – Grüne/GAL)
SA	CDU – Die LINKE – SPD – B 90/Gr (CDU – PDS – SPD – FDP)	CDU – SPD (CDU – SPD)
BW	CDU – B 90/Gr – SPD – FDP (CDU – SPD – B 90/Gr – FDP)	B 90/Gr – SPD (CDU – FDP)
RP	SPD – CDU – B90/Gr (SPD – CDU – FDP)	SPD – B 90/Gr (SPD)
BR	SPD – B90/Gr – CDU – Die LINKE – BiW [‡] (SPD – CDU – B 90/Gr – LINKE – FDP – DVU [‡] – BiW [‡])	SPD – B 90/Gr (SPD – B 90/Gr)
MV	SPD – CDU – Die LINKE – B 90/Gr – NPD (SPD – CDU – Die LINKE – FDP – NPD)	SPD – CDU (SPD – CDU)
BE	SPD – CDU – B 90/Gr – Die LINKE – Piraten (SPD – CDU – B 90/Gr – Die LINKE – FDP)	SPD – CDU (SPD – Die LINKE)
SL	CDU – SPD – Die LINKE – Piraten – B 90/Gr (CDU – SPD – Die LINKE – FDP – B 90/Gr)	CDU – SPD (CDU – FDP – B 90/Gr)
SH	CDU – SPD – B 90/Gr – FDP – Piraten – SSW [†] (CDU – SPD – FDP – B 90/Gr – Die LINKE – SSW [†])	SPD – B 90/Gr – SSW [†] (CDU – FDP)
NW	SPD – CDU – B 90/Gr – FDP – Piratenpartei (CDU – SPD – B 90/Gr – FDP – Die LINKE)	SPD – B 90/Gr (SPD – B90/Gr)
NS	CDU – SPD – B 90/GR – FDP (CDU – SPD – FDP – B 90/Gr – Die LINKE)	SPD – B 90/Gr (CDU – FDP)

* Nach den Wahlen wurde eine von der LINKEN gestützte Minderheitsregierung gebildet.
 † Der SSW zog in das Parlament ein, weil er von der Fünfprozenthürde ausgenommen ist.
 ‡ Die DVU und die BiW zogen in das Parlament ein, weil sie in einem der beiden Wahlbereiche (Bremerhaven) die Fünfprozenthürde überwinden konnten.

Quelle: eigene Zusammenstellung.

War der Mitgliederrückgang bei der SPD und bei der CDU zwischen Ende 2005 und Ende 2009 während der Großen Koalition mit 78.000 und 50.000 Personen besonders hoch (vgl. Tab. 4), so fiel er zwischen Ende 2009 und Ende 2012 bei der SPD schwächer (knapp 35.000), bei der CDU hingegen etwas stärker aus als vorher (45.000, in drei Jahren). Die SPD hat gegenüber 1990 die Hälfte ihres Mitgliederbestandes verloren, die CDU 40 Prozent. Noch stärker fielen die Verluste bei der Linken (mit 77 Prozent) und der FDP (mit 65 Prozent) aus, schwächer hingegen mit gut 20 Prozent bei der CSU. Dagegen vergrößerte Bündnis 90/Grüne die Zahl der Mitglieder um 44 Prozent. Dieser Trend setzte erst in den letzten Jahren ein. Nicht nur der Rückgang der Mitglieder ist beunruhigend, sondern auch deren Überalterung. Das Durchschnittsalter bei beiden Parteien liegt bei 59 Jahren.¹⁵ Gewiss, auch Gewerkschaften und Kirchen verlieren im Zuge der „Individualisierung“ an Mitgliedern, doch ist die Massivität des Mit-

15 Vgl. *Niedermayer, O.*: Parteimitgliedschaften im Jahre 2012, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 44 (2013), 377.

gliederrückgangs, mit der ein Abbröckeln der Wählerbindung an die Parteien einhergeht, ein gewisses Indiz für Krisenhaftigkeit¹⁶, vielleicht sogar ein Menektekel für Mitgliederparteien.

Tabelle 4: Entwicklung der Parteimitgliedschaften 1990 bis 2012 (Stand jeweils 31.12., Veränderung zum Vorjahr und zu 1990 in Prozent)

Jahr	CDU*		SPD†		CSU		FDP		Grüne‡		LINKE*	
	n	Δ %	n	Δ %	n	Δ %	n	Δ %	n	Δ %	n	Δ %
1990	789.609	-	943.402	-	186.198	-	168.217	-	41.316	-	280.882	-
1991	751.163	-4,9	919.871	-2,5	184.513	-0,9	140.031	-16,8	38.873	-5,9	172.579	-38,6
1992	713.846	-5,0	885.958	-3,7	181.758	-1,5	103.505	-26,1	36.320	-6,6	146.742	-15,0
1993	685.343	-4,0	861.480	-2,8	177.289	-2,5	94.197	-9,0	39.761	9,5	131.406	-10,5
1994	671.497	-2,0	849.374	-1,4	176.250	-0,6	87.992	-6,6	43.899	10,4	123.751	-5,8
1995	657.643	-2,1	817.650	-3,7	179.647	1,9	80.431	-8,6	46.410	5,7	114.940	-7,1
1996	645.786	-1,8	792.773	-3,0	178.573	-0,6	75.038	-6,7	48.034	3,5	105.029	-8,6
1997	631.700	-2,2	776.183	-2,1	178.457	-0,1	69.621	-7,2	48.980	2,0	98.624	-6,1
1998	626.342	-0,8	775.036	-0,1	178.755	0,2	67.897	-2,5	51.812	5,8	94.627	-4,1
1999	638.056	1,9	755.066	-2,6	183.569	2,7	64.407	-5,1	49.488	-4,5	88.594	-6,4
2000	616.722	-3,3	734.667	-2,7	181.021	-1,4	62.721	-2,6	46.631	-5,8	83.475	-5,8
2001	604.135	-2,0	717.513	-2,3	177.661	-1,9	64.063	2,1	44.053	-5,5	77.845	-6,7
2002	594.391	-1,6	693.894	-3,3	177.705	0,0	66.560	3,9	43.881	-0,4	70.805	-9,0
2003	587.244	-1,2	650.798	-6,2	176.989	-0,4	65.192	-2,1	44.052	0,4	65.753	-7,1
2004	579.526	-1,3	605.807	-6,9	172.892	-2,3	64.146	-1,6	44.322	0,6	61.385	-6,6
2005	571.881	-1,3	590.485	-2,5	170.117	-1,6	65.022	1,4	45.105	1,8	61.270	-0,2
2006	553.896	-3,1	561.239	-5,0	166.928	-1,9	64.880	-0,2	44.677	-0,9	60.338	-1,5
2007	536.668	-3,1	539.861	-3,8	166.392	-0,3	64.078	-1,2	44.320	-0,8	71.711	18,8
2008	528.972	-1,4	520.970	-3,5	162.232	-2,5	65.600	2,4	45.089	1,7	75.968	5,9
2009	521.149	-1,5	512.520	-1,6	159.198	-1,9	72.116	9,9	48.171	6,8	78.046	2,7
2010	505.314	-3,0	502.062	-2,0	153.890	-3,3	68.541	-5,0	52.991	10,0	73.658	-5,6
2011	489.896	-3,1	489.638	-2,5	150.585	-2,1	63.123	-7,9	59.074	11,5	69.458	-5,7
2012	476.347	-2,8	477.037	-2,6	147.965	-1,7	58.675	-7,0	59.653	1,0	63.761	-8,2
Δ 1990 -2012	-313.262	-39,7	-466.365	-49,4	-38.233	-20,5	-109.542	-65,1	18.337	44,4	-217.121	-77,3

* Am 31. Dezember 1990 waren erst wenige ostdeutsche Mitglieder in der Zentralen Mitgliederkartei der CDU erfasst, die Erfassung wurde im Oktober 1991 abgeschlossen. Bestand für Ostdeutschland 1990 (134.409) daher nicht nach der Mitgliederstatistik, sondern nach dem Bericht der CDU-Bundesgeschäftsstelle zum 2. Parteitag der CDU am 14. bis 17. Dezember 1991 in Dresden (S. 24).

† Durch EDV-Umstellung Anfang 1998 sind insges. 5240 Mitglieder verlorengegangen.

‡ 1993: Vereinigung mit Bündnis 90.

* 1990 bestanden noch keine westdeutschen Landesverbände; Schätzung der westdeutschen Mitgliederzahl (etwa 600); 2007 Vereinigung der PDS mit der WASG.

Quelle: Niedermayer, O.: Parteimitgliedschaften im Jahre 2012, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 44 (2013), 366.

IV. Parteien

1. Die zwei großen Parteien: Union und SPD

Das gemeinsame Regierungsprogramm von CDU und CSU, das u.a. die Sicherung des Wohlstands und Deutschlands Zusammenhalt betont, strebt einerseits

¹⁶ Vgl. Wiesendahl, E.: Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion, Wiesbaden 2006; ders.: Volksparteien – Aufstieg, Niedergang und Zukunft, Opladen/Farmington Hills, 2011.

die Konsolidierung des Haushalts an und enthält andererseits eine Reihe von Versprechen, etwa in Bezug auf Familien oder die Verbesserung der Renten für ältere Mütter. Es schließt mit einem Wahlaufruf, der die FDP nicht erwähnt: „Am 22. September geht es um die Zukunft unseres Landes. CDU und CSU stehen in Deutschland, Europa und weltweit für Stabilität und Verlässlichkeit. Mit der Union ist unser Land auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden.“¹⁷

Angela Merkel wurde heftig kritisiert – etwa aufgrund ihrer „Machtpolitik“, die auf Kosten einer wertebewussten Prinzipienfestigkeit gehe.¹⁸ Allerdings hat sie, wie angesprochen, die finanzielle Krise in Europa gut gemeistert und die eigene Partei zusammengehalten. Ihre unprätentiöse Art hebt sich wohltuend von dem Auftreten ihrer männlichen Vorgänger ab. Das honoriert die Wählerschaft augenscheinlich. Allerdings: Auch 2005 und 2009 sah es nach einem Wahlsieg der Union aus, doch war nach den Wahlen davon nicht mehr die Rede. „Das ist Merkels Trauma.“¹⁹

Das Regierungsprogramm der SPD, das den „Finanzkapitalismus“ zu bändigen sucht, für Chancengleichheit in der Bildungspolitik eintritt und eine gerechte Steuerpolitik propagiert, attackiert stark die Politik der „bürgerlichen“ Koalition. „Unser Wahlprogramm ist die Alternative zu *Angela Merkels* ‚Alternativlosigkeit‘. Dafür braucht Deutschland klare Mehrheiten: Nur mit Rot-Grün schaffen wir die Erneuerung unseres Landes! Nur eine rot-grüne Regierung steht für den Richtungswechsel in Deutschland!“²⁰

Dass trotz gravierender Fehler der Regierung eine Wechselstimmung allem Anschein nach ausgeblieben ist, hat viele Gründe. Einer ist personeller Natur. Sarkastisch heißt es bei dem „Spiegel“-Journalisten *Markus Feldenkirchen*, die SPD ziehe „mit der unglücklichsten Variante eines Kandidaten in die heiße Phase: einem Mann, von dem alle wissen, dass er nicht richtig zur Partei passt, der aber so tun muss, als passe alles wunderbar. Oder anders gesagt: Glaubwürdig darf er nicht auftreten – und wie er auftritt, ist er wenig glaubwürdig.“²¹ Was ein personeller Coup sein sollte, geriet zusehends zu einem Desaster für die Partei.

17 CDU/CSU: Gemeinsam erfolgreich für Deutschland. Regierungsprogramm 2013-2017, 196.

18 Vgl. in diesem Sinne *Höhler, G.*: Die Patin. Wie Angela Merkel Deutschland umbaut, Zürich, 2012.

19 So *Geis, M./Hildebrandt, T.*: Die Frau, die alle abschöpft, in: Die Zeit vom 6. Juni 2013, 3.

20 SPD: Das WIR entscheidet. Das Regierungsprogramm 2013-2017, 118.

21 *Feldenkirchen, M.*: Die Anti-Kampa, in: Der Spiegel 24/2013, 24.

2. Die drei „mittelgroßen“ Parteien: Grüne, Linke, FDP

Das Wahlprogramm der Grünen ist von den vier uneingeschränkt demokratischen Parlamentsparteien dasjenige, das die größten Einschnitte vorsieht, so in der Familienpolitik (die Partei will das Ehegattensplitting schrittweise abschmelzen). Dies gilt zumal für die Steuerpolitik, die „Besserverdienende“ (be-)trifft. Die Steuerpläne sollen dazu dienen, die Ziele der Partei zu verwirklichen. „Wir haben es in der Hand, unsere Gesellschaft so zu gestalten, dass alle Menschen gerecht an ihr teilhaben können, dass Arm und Reich nicht unerreichbar weit auseinanderliegen, wenige sich nicht auf Kosten Vieler bereichern, und alle Zugang zu den Ressourcen für ein selbstbestimmtes Leben haben. Wir wollen, dass sich jeder gemäß seiner Fähigkeiten und Talente entwickeln kann – in guten Kitas und Schulen und nicht abhängig vom Geldbeutel seiner Eltern. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft, in der starke Schultern mehr tragen als schwache. Wir geben aber auch klar Auskunft, wie wir die Mittel einsetzen wollen, um zu guten öffentlichen Institutionen zu kommen, von denen alle profitieren.“²²

Das gute Erscheinungsbild der Grünen in der Öffentlichkeit rührt wesentlich daher, dass die SPD es nicht verstanden hat, sich angemessen als Alternative zur Regierung *Angela Merkels* zu profilieren. Die Grünen treten mit zwei von der Parteibasis direkt gewählten Spitzenkandidaten an: mit dem Westdeutschen *Jürgen Trittin*, der eher den linken Flügel der Partei repräsentiert, und mit der Ostdeutschen *Katrin Göring-Eckardt*, die als gemäßigt gilt. Interne Konflikte sind so gut wie nicht an die Öffentlichkeit gedrungen – anders als früher.

Das Wahlprogramm der Linken steht für einen Politikwechsel. Die Partei spricht sich gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr aus, gegen den „Europäischen Rettungsschirm“ ESM, gegen Bankenrettungen, für eine Mindestrente von 1.050 Euro, für die Rücknahme der Rente ab 67, für die Abschaffung von *Hartz IV*, für den Stopp von Waffenexporten. Zentral ist für die Partei die soziale Frage: „Altersarmut kann nicht bekämpfen, wer nicht das Rentenniveau erhöht und mit den Billiglöhnen aufräumt. Die Billiglöhne lassen sich bekämpfen, wenn nicht die Sanktionen bei *Hartz IV* fallen und alle Anspruch auf einen Mindestlohn haben, der wirklich vor Armut schützt. Wer Reichtum nicht umverteilt und die Reichen schonen will, der kann den Politikwechsel nicht bezahlen – und bereitet

22 *Bündnis 90/Die Grünen*: ZEIT für den grünen Wandel. Teilhaben. Einnischen. Zukunft schaffen. Bundestagswahlprogramm 2013, 5/14.

sich schon darauf vor, leider die Versprechen aus dem Wahlkampf nicht einlösen zu können.²³

Die Partei hat sich unter ihren neuen Vorsitzenden *Katja Kipping* und *Bernd Riexinger* von den dramatischen Göttinger Parteitag im Frühjahr 2012 erholt und nach außen hin zu großer Geschlossenheit gefunden. Gleichwohl ist sie weit von ihrem Wahlergebnis 2009 entfernt – bedingt nicht nur durch interne Zwistigkeiten, sondern auch abenteuerlicher Maximen, etwa denen der damaligen Vorsitzenden *Gesine Lötzsch*, die 2011 von „Wegen zum Kommunismus“ gesprochen hatte.²⁴ Allerdings vermied die Partei die Wiederholung ihres schweren Fehlers aus dem Wahljahr 2002. Damals bekämpfte sie vor allem die „bürgerliche“ Politik der Union und der FDP, der beiden Oppositionsparteien. Diesmal attackiert sie – aus ihrer Sicht konsequent – die als unsozial empfundene SPD und die Grünen, obwohl diese Parteien aus der Opposition heraus agieren. *Gregor Gysi* versucht als Spitzenkandidat auch Stimmen außerhalb des eigenen „Milieus“ einzufangen.

Das „Bürgerprogramm“ der FDP stellt Wachstum als wichtige Voraussetzung für Wohlstand heraus. Es betont die Eigenverantwortung des Bürgers. Die Verteidigung der sozialen Marktwirtschaft gilt als eine wichtige Maxime: „Wer den Menschen immer höhere staatliche Leistungen verspricht, betrügt sie in Wahrheit um ihre Chancen. Wer meint, den Bürgern etwas Gutes zu tun, indem er die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes schwächt, der vergeht sich in Wahrheit an der Zukunft des Landes. Wir Liberalen stellen sicher, dass Deutschland und Europa richtig auf die aktuelle Krise reagieren: Mehr wirtschaftliche Leistungskraft und weniger Staat. Um diese grundlegende Frage geht es bei der Bundestagswahl 2013.“²⁵

Die FDP erlebte in dieser Legislaturperiode ein Fiasko. Sie muss(te) mit dem Vorwurf leben, Klientelpolitik zu betreiben. Die beträchtlichen „Einbrüche“ bei den meisten Landtagswahlen sorgten für große Unruhe. Es ist höchst kritikwürdig, dass eine Partei, die stets an die Mündigkeit des Wählers appelliert, eine Zweitstimmekampagne durchführt – in der Hoffnung, der Wähler wisse nicht so genau, dass die Zweitstimme die allein ausschlaggebende ist, zumal nach Einführung von Ausgleichsmandaten für Überhangmandate. Die personellen Querelen sind bei der FDP ähnlich gravierend wie bei der SPD. Kurios genug: Dem Par-

23 *Die Linke*: 100 % sozial. Wahlprogramm der Partei Die Linke, 96.

24 Vgl. *Neu, V.*: Der gestoppte Aufstieg? Perspektiven der Linken, in: *Jesse, E./Sturm, R.*, a.a.O., 133-151.

25 *FDP*: Bürgerprogramm 2013 der FDP. Damit Deutschland stark bleibt, 4.

teivorsitzenden *Philipp Rösler* steht der „Spitzenkandidat“ *Rainer Brüderle* zur Seite. Auch wenn die bisherigen Umfragen dies so nicht bestätigen, spricht gleichwohl einiges für einen Wiedereinzug der Liberalen in den Bundestag, weil manche Wähler die „Bürgerlichen“ als eine Art Einheit ansehen.

3. Die vier kleinen Parteien: AfD, „Piraten“, Freie Wähler, NPD

Wie der Bundeswahlausschuss am 4. und 5. Juli 2013 entschied hat, besitzen neben neun Parteien, die im Bundestag oder in einem Landtag vertreten sind, 29 politische Vereinigungen – weil als Parteien anerkannt – die Möglichkeit, an der Bundestagswahl teilzunehmen. Allerdings müssen sie bis zum 15. Juli Unterstützungsunterschriften beibringen. Vier kleine Parteien verdienen besondere Aufmerksamkeit. Sie haben aller Evidenz nach zwar keine realistische Chance in den Bundestag einzuziehen, doch erscheint die Volatilität des Elektorats beträchtlich.

Insbesondere das Abschneiden der im April 2013 ins Leben gerufenen „Alternative für Deutschland“ ist schwer zu prognostizieren. Sie zeigt sich eurokritisch und repräsentiert vornehmlich ein betont „bürgerliches“ Milieu. Allerdings ist die Skepsis gegenüber dem Euro gerade bei sozialen Schichten verbreitet, die eher zu den Wählern der SPD und der Linken gehören.

Waren die linkslibertären „Piraten“ bei der letzten Landtagswahl 2011 (Berlin) und bei allen drei Landtagswahlen 2012 (Saarland, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein) mit erstaunlichen Stimmengewinnen (nahe an den zehn Prozent) in den Parlamenten vertreten, fielen sie bei der niedersächsischen Landtagswahl im Januar 2013 auf 2,1 Prozent zurück. Die Partei wurde schnell entzaubert – sei es aufgrund personeller Querelen, sei es wegen der Fixierung auf mehr oder weniger ein Thema („Netzfreiheit“).

Die „Freien Wähler“ sind im Gegensatz zu den „Piraten“ „bürgerlich“ ausgerichtet, verstehen sich als „wertkonservativ“. Der vorgesehene Zusammenschluss mit der AfD scheiterte. Die Partei, die sich gegen „Parteiideologie“ ausspricht, ist in vielen Gemeindeparlamenten vertreten. Die bayerischen Landtagswahlen eine Woche vor der Bundestagswahl könnten einen gewissen „Nachzugseffekt“ zur Folge haben – angesichts der Repräsentanz der „Freien Wähler“ im dortigen Landtag.

Die rechtsextremistische NPD schließlich ist organisatorisch, programmatisch, strategisch und finanziell in einer desolaten Situation. Sie dürfte große Mühe haben, ihr ohnehin mageres Resultat von der letzten Bundestagswahl (1,5 Prozent) zu erreichen. Ihr könnte nichts Besseres passieren, würde der Bundesrat

seinen Verbotsantrag vor der Bundestagswahl 2013 beim Bundesverfassungsgericht einreichen. Aufmerksamkeit wäre der Partei sicher.

Allen Parteien ist wohl gemein, dass sie nicht in erster Linie aufgrund ihrer Programmatik Unterstützung finden, sondern vor allem vom Protest der Wähler gegen etablierte Kräfte profitieren. Das Abschneiden der „Sonstigen“ ist neben anderen Faktoren ein Gradmesser für die Protestbereitschaft der Wählerschaft. Bei der Bundestagswahl 2009 blieben immerhin 6,0 Prozent der Zweitstimmen unverwertet.

V. Parteiensystem – arithmetische und politische Mehrheiten

1. Arithmetisch und politisch möglich

Den Parteien wäre sehr gedient, hätten die angestrebten Koalitionen eine arithmetische Mehrheit. Nach den stark übereinstimmenden Antworten auf die „Sonntagsfrage“ bei sechs Meinungsforschungsinstituten (vgl. Tab. 5) – das ist, es kann nicht oft genug betont werden, eine Momentaufnahme – kommt die Union im Schnitt auf 40,8 Prozent, die FDP auf 4,8 Prozent, die SPD auf 25,0 Prozent, die Grünen auf 13,7 und die Linken auf 7,2 Prozent. Alle anderen Parteien liegen deutlich unter der für die Mandatsvergabe wichtigen Fünfprozenthürde.

Table 5: „Sonntagsfrage“ Bundestagswahl (in Prozent)

Institut	Allensbach	Emnid	Forsa	Forschungsgruppe Wahlen	GMS	Infratest dimap	Durchschnittswert	Bundestagswahlergebnis
Datum	19.06.13	30.06.13	26.06.13	28.06.13	18.06.13	28.06.13	–	27.09.09
CDU/CSU	38,0	41,0	41,0	43,0	41,0	41,0	40,8	33,8
SPD	26,0	25,0	22,0	26,0	25,0	26,0	25,0	23,0
GRÜNE	14,0	13,0	15,0	13,0	14,0	13,0	13,7	10,7
FDP	6,0	5,0	5,0	4,0	5,0	4,0	4,8	14,6
LINKE	7,0	7,0	8,0	6,0	8,0	7,0	7,2	11,9
PIRATEN	2,0	3,0	2,0	-	2,0	3,0	2,4	2,0
AFD	3,0	2,0	2,0	3,0	2,0	-	2,4	-
Sonstige	4,0	4,0	5,0	5,0	3,0	6,0	3,7	4,0

Quelle: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/index.htm> (01.07.2013).

Politisch ohne Einschränkung möglich ist eine schwarz-gelbe Koalition (vgl. Tab. 6). Aber ist diese auch arithmetisch erreichbar? Die Umfragen lassen keine Aussage zu. Allerdings hat das „bürgerliche“ Lager aufgeholt. Union und FDP (45,6 Prozent) kommen etwa auf denselben Anteil wie die anderen drei Parlamentsparteien (45,9 Prozent). Sollte eine Mehrheit vorhanden sein, wäre die neue Koalition die alte. Die FDP propagiert eine Koalition mit der Union inten-

siver als *vice versa*. Der offenkundige Grund: Die Union möchte nicht unter dem insgesamt negativen Image der Liberalen leiden. Niemand kann mit Sicherheit vorhersagen, ob es für das Bündnis wieder reicht. Bisher ist bei Bundestagswahlen keine Koalition nach ihrer ersten Legislaturperiode abgewählt worden. Die beiden Großen Koalitionen waren ein Sonderfall.

Arithmetisch möglich sind eine schwarz-rote (65,8 Prozent) und eine schwarz-grüne Koalition (54,5 Prozent). Angesichts der klaren Umfrageergebnisse wird sich an diesem Befund bis zum Wahltag nichts ändern: Eine Stimmenmehrheit von 54,5 Prozent entspricht bereits einer Mandatsmehrheit von fast 60 Prozent. Hingegen ist es mit der politischen Mehrheit heikel. Für den Fall, eine schwarz-gelbe Mehrheit bleibt aus, kommt nur ein schwarz-rotes oder schwarz-grünes Bündnis in Frage.

Tabelle 6: Stärkeverhältnisse verschiedener Koalitionskonstellationen nach den letzten Umfragen

„Zweier“- Koalitionen	Um- fragen	Wahl 2009	arith- metisch möglich (2013)	poli- tisch möglich (2013)	„Dreier“- Koalitionen	Um- fragen	Wahl 2009	arithme- tisch Möglich (2013)	politisch
Union/SPD	65,8	(56,8)	+	?	Union/FDP/Grüne	59,3	(59,1)	+	-
Union/FDP	45,8	(48,4)	?	+	SPD/Grüne/FDP	43,5	(48,1)	?	-
Union/Grüne	54,5	(44,5)	+	?	SPD/Grüne/Linke	45,9	(45,6)	?	-
SPD/Grüne	38,7	(33,7)	-	+					
SPD/FDP	29,8	(37,6)	-	-					

Quelle: Angaben der letzten Umfragen von sechs Instituten (gemittelt). Stand vom 01.07.2013.

Die Meinung der SPD zu einer Großen Koalition fällt jedenfalls nach außen hin negativ aus. Zum einen ist die Erinnerung an den Ausgang der letzten Großen Koalition für sie alles andere als erfreulich, zum anderen will sie das Amt des Kanzlers bekleiden und sich nicht mit der Rolle des Juniorpartners begnügen. Die Union ist dank Angela Merkel bei der letzten Großen Koalition zwar weitaus „besser gefahren“, aber auch sie hat kein Interesse, eine Diskussion über diese Koalitionsvariante hervorzurufen, würde doch eine solche Debatte indirekt darauf hinauslaufen, dass die Union nicht (mehr) an den Sieg des „bürgerlichen“ Lagers glaubt.

Die Meinung der Grünen zu einer möglichen Koalition mit der Union ist eindeutig negativ – und doch zugleich zweideutig. Ein Bündnis mit ihr wird einerseits nicht angestrebt, aber andererseits auch nicht kategorisch ausgeschlossen. Hierfür steht etwa eine Aussage von Parteichef *Cem Özdemir*. Auf die Frage eines „Welt“-Journalisten („Fürs Protokoll: Schwarz-Grün nach der Bundestagswahl

ist ausgeschlossen?“) folgt eine so ausweichende wie kryptische Antwort: „Ich sehe nicht, dass es die dafür notwendigen Gemeinsamkeiten gibt. Wir wollen die schwarz-gelbe Regierung mit der SPD ablösen und sehen dafür weiter gute Aussichten. Was in sechs Ländern geklappt hat, kann auch im Bund klappen, wenn wir die verbleibende Zeit nutzen, um deutlich zu machen: Wer Frau Merkel wählt, der wählt eine marode Infrastruktur und Schulden.“²⁶ Im Klartext – eine Koalition mit der Union ist kein Wunschbündnis, doch auch kein „Teufelspakt“, der sich verbietet.

Ähnlich wie Bündnis 90/Grüne geht die Union auf Distanz zur Konkurrenz. Hier spielt die strategische Dimension eine große Rolle. Die Union hat kein Interesse an einer Diskussion über den Koalitionspartner – schon gar nicht über einen, der in habitueller Hinsicht eine Art Antipode darstellt. Tatsächlich ist die – wissenschaftlich und publizistisch geführte – Debatte²⁷ über Schwarz-Grün längst keine „Gespensterdebatte“ mehr, wie das für die neunziger Jahre galt. Ob die Union im Fall des Scheiterns einer „bürgerlichen“ Koalition eher ein schwarz-rotes oder ein schwarz-grünes Bündnis präferiert, ist schwer auszumachen. Käme es zu einer Koalition mit den Grünen, so wäre *Angela Merkel* der Coup gelungen, innerhalb von acht Jahren mit drei verschiedenen Partnern zu koalieren.

2. Arithmetisch möglich, politisch nicht

Die Dreier-Bündnisse könnten die arithmetische Mehrheit erreichen, jedoch keine politische. Eine arithmetische, politische aber keineswegs mögliche Koalition wäre eine „Jamaika“-Variante (Union-FDP-Grüne). Sie hätte nach den letzten Umfragen eine klare Mehrheit von 59,3 Prozent (vgl. Tab. 6). Doch ebenso klar ist das Nein der Grünen, die nicht „Steigbügelhalter“ eines als abgewirtschaftet geltenden Bündnisses sein wollen. Aufgrund der „übergroßen“ Mehrheit einer solchen Koalition käme sie daher schon deswegen nicht in Frage.²⁸

Lehnen die Grünen ein Bündnis mit der Union und der FDP ab, so wenden die Liberalen sich vehement gegen eine Koalition mit den beiden demokratischen Parteien der linken Mitte.

26 „SPD soll über Merkel diskutieren.“ Interview von Jochen Gaugele mit Cem Özdemir, in: Die Welt vom 18. Juni 2013, 5.

27 Vgl. etwa *Kronenberg, V./Weckenbrock, Ch.* (Hrsg.): Schwarz-Grün. Die Debatte, Wiesbaden, 2011.

28 Bereits 2009 schlossen die Grünen eine Jamaika-Koalition aus, nicht aber ein Bündnis mit der Union.

Ob eine solche „Senegal“-Koalition (SPD-Grüne-FDP) überhaupt eine Mehrheit hätte, ist ohnehin die Frage. Der Verfasser ist anderer Auffassung als der für das Ressort „Innenpolitik“ bei der „Süddeutschen Zeitung“ verantwortliche *Heribert Prantl*. Der folgende Sachverhalt stimmt: „Für die Steinbrück-Gabriel-SPD ist die Koalition mit den Grünen und der FDP (...) die einzige Regierungschance“ – schwerlich jedoch die sich anschließende These: „Diese Chance ist so groß oder klein wie die eines Regierens der Union mit den Grünen.“²⁹ Die FDP hat ohne Wenn und Aber eine Koalition mit der SPD und den Grünen ausgeschlossen. Warum sollte sie dies nach der Wahl rückgängig machen? Sie würde damit politischen Selbstmord begehen.³⁰ Zudem hatte die Partei bereits 2005 ihre Prinzipienfestigkeit bewiesen.

Das dritte Dreier-Bündnis (SPD-Grüne-Die Linke) ist ebenfalls arithmetisch möglich, aber wohl nicht politisch. Denn die SPD hat unzweideutig ein Bündnis mit der Linken ausgeschlossen. Wer sie beim Wort nimmt, legt keine Naivität an den Tag. Nicht nur das Beispiel der hessischen SPD im Jahre 2008 schreckt. Sie lehnt seit 1990 ein Bündnis mit den Postkommunisten ab – jedenfalls auf Bundesebene.³¹ Ob das auch im Fall eines Koalitionswechsels oder gar für die nächste Bundestagswahl gilt, steht auf einem anderen Blatt.³²

3. Politisch möglich, arithmetisch nicht

Unter diese Rubrik fällt ein einziges Bündnis: das rot-grüne. *Claudia Roth* trat ostentativ auf dem Parteitag der SPD auf, *Siegmar Gabriel* auf dem der Grünen. Was nach der Bundestagswahl 2009 in weite Ferne gerückt war, schien zwei Jahre eine realistische Option zu sein: eine Wiederauflage der rot-grünen Koalition auf Bundesebene (wie zwischen 1998 und 2005). Insofern kam es zu einem „Schulterschluss“ der beiden Parteien.

29 So *Prantl, H.*: Kanzler Steinbrück, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 28. Juni 2013, 4.

30 Ein Bündnis der SPD zieht *Prantl* so gut wie nicht in Erwägung – „es wäre die Todeskoalition.“ Vgl. ebd. 4. Erscheint der harte Terminus „politischer Selbstmord“ für ein Einknicken der FDP als angemessen, so dürfte der Terminus „Todeskoalition“ für den Fall einer Juniorpartnerschaft der SPD weit über das Ziel hinausschießen.

31 Was kaum bemerkt worden ist: Die Grünen haben einer Koalition mit der PDS bzw. der Linken schon seit mehreren Bundestagswahlen nicht eigens eine Absage erteilt, ohne aber ein solches Bündnis zu propagieren.

32 Das Verhalten der SPD ist ohnehin nicht konsequent. In den neuen Bundesländern kommt eine Koalition mit der Linken in Frage – aber nur dann, wenn sie stärker als die Konkurrenzpartei ist und den Ministerpräsidenten stellen kann.

Mittlerweile besteht keine realistische Option auf einen ungefilterten Regierungswechsel mehr, wie dies erst einmal – 1998 – der Fall gewesen ist. SPD und Grüne kommen nach den Umfragen von Ende Juni 2013 auf einen Stimmenanteil von 38,7 Prozent (vgl. Tab. 6). Eine Umkehr dieses Trends ist nicht erkennbar. Zwar haben gegenüber der letzten Bundestagswahl 2009 beide Parteien je drei Punkte zugelegt, doch ist das für eine Machtoption offenkundig zu wenig. Die verbreitete Annahme, die SPD werde in der Opposition wieder die 30-Prozent-Marke erreichen, hat offenbar getrogen. Hingegen scheinen die Grünen sich so zu stabilisieren, dass sie mehr als die Hälfte des Stimmenanteils der SPD auf sich vereinigen können. In ihrem ersten gemeinsamen „Regierungsjahr“ 1998 war die SPD über sechsmal stärker als ihr Juniorpartner. Sprach *Gerhard Schröder* seinerzeit etwas hochfahrend von „Koch“ und „Kellner“, so betont die SPD heutzutage die gleiche „Augenhöhe“. Die Grünen rücken etwas von der SPD ab; weil sie deren Stagnation spüren, setzen sie stärker auf Eigenständigkeit, ohne aber auch nur ansatzweise die angestrebte Koalition mit der Steinbrück-SPD in Frage zu stellen.

Obwohl ein rot-grünes Bündnis unwahrscheinlich geworden ist, machen die beiden Partner nicht mehr den Fehler wie vor der Bundestagswahl 2009. Damals hatten sie indirekt die Aussichtslosigkeit ihres Unterfangens eingeräumt und den Liberalen Avancen gemacht – ausgerechnet einer sonst abfällig als „neoliberal“ und als Partei der „sozialen Kälte“ charakterisierten politischen Kraft.

4. Politisch und arithmetisch nicht möglich

In diese Kategorie fällt nur das rot-gelbe Bündnis, das in gewisser Weise als Pendant zu einem schwarz-grünen firmiert. Weder die SPD noch die FDP zieht eine solche Allianz in Erwägung. Die von *Ralf Dahrendorf* einst als „historisches Bündnis“ überhöhte Verbindung taucht in den Gedankenspielen der beiden Parteien nicht mehr auf. Noch von 1991 bis 2006 gab es in Rheinland-Pfalz eine rot-gelbe Koalition (zunächst unter *Rudolf Scharping*, später unter *Kurt Beck*), die fortgesetzt worden wäre, wenn die SPD 2006 nicht die absolute Mehrheit erreicht hätte. Es war das strategisch geschickte Ziel der beiden Ministerpräsidenten, der Union den „natürlichen“ Koalitionspartner zu „rauben“.

Politisch ist ein solches Bündnis nicht möglich, weil sich die FDP ohne Wenn und Aber gegen eine Koalition mit der SPD (und den Grünen) sperrt. Und die SPD ist schon deshalb gut beraten, eine solche Konstellation nicht ins Spiel zu bringen. Arithmetisch scheitert eine derartige Allianz, weil die SPD-Gewinne

gegenüber 2009 geringer ausfallen dürften als die Verluste der FDP im Vergleich zur letzten Wahl. So kommen die beiden Parteien nach den letzten Umfragen nicht einmal auf 30 Prozent (vgl. Tab. 6). Solche Zahlen – fast acht Prozentpunkte weniger als bei der Bundestagswahl 2009 – sind desaströs. Wer in der SPD auf eine alleinige Koalition mit der FDP und in der FDP auf eine solche mit der SPD setzt, muss große Langmut besitzen. In nicht *einem* Bundesland deutet sich eine solche Möglichkeit an.

VI. Sinnvolle Koalitionsbildung

Bislang wurde nur das politisch und arithmetisch Mögliche berücksichtigt.³³ Aber damit bleibt die Frage unbeantwortet, welche Koalition sinnvoll(er) erscheint. Wer die normative Komponente ausspart, vernachlässigt einen zentralen Aspekt der Politikwissenschaft. Die Kernfrage lautet: Benötigen wir ein „lagerinternes“ oder ein „lagerübergreifendes“ Bündnis? Zunächst aber: Was ist mit einem „politischen Lager“ gemeint? Darunter ist ein Bündnis von Parteien zu verstehen, die viele Gemeinsamkeiten aufweisen und sich von anderen abgrenzen, im Extremfall sogar eine Art „Projekt“ repräsentieren.³⁴ Die sozio-ökonomischen (mehr Staat versus weniger Staat) und die politisch-kulturelle Konfliktlinien (mehr Freiheit versus mehr Sicherheit) bestimmen maßgeblich die Lager. Dazu gehört ferner die – oft vernachlässigte – Konfliktlinie zwischen systemloyal und systemoppositionell.

Lagerübergreifende Bündnisse sind wohl nur ohne ein vorheriges Koalitionsvotum der Partner möglich. Das ist misslich, weil die Wähler wissen wollen und wissen sollen, mit wem die Parteien im Fall entsprechender arithmetischer Mehrheiten zu koalieren beabsichtigen. So wird aus der Wählerstimme nicht nur ein Parteivotum, sondern faktisch auch ein Regierungs- oder Oppositionsvotum. Verzichten Parteien auf Koalitionsaussagen, läuft dies auf eine Entmachtung der Wähler hinaus. Die Parteiverdrossenheit nähme angesichts des „Koalitionsgerangels“ zu. Der konkurrenzdemokratische Mechanismus schwächte sich ab.

Verbreitete Vorbehalte in Deutschland gegen ein bipolares Parteiensystem leuchten vor dem Hintergrund der stark konsensdemokratisch ausgerichteten politi-

33 Es versteht sich, dass nur solche Varianten einbezogen wurden, die politisch ein Mindestmaß an Wahrscheinlichkeit aufweisen. So ist ein rechnerisch mögliches Bündnis zwischen der Union und der Linken unter den Tisch gefallen.

34 Vgl. *Becker, M.*: Koalitionen als politisches „Projekt“? Die rot-grüne und die schwarz-gelbe Bundesregierung, in: *Decker, F./Jesse, E.*, a.a.O., 139-157.

schen Kultur Deutschlands (mit zahlreichen Vetospielern) wenig ein.³⁵ Wir haben mit dem Bundesrat eine starke zweite Kammer, die selten die gleichen Mehrheitsverhältnisse wie im Bund aufweist: zum einen durch den Ausgang der Landtagwahlen, bei denen der Wähler häufig die im Bund regierenden Parteien „abstraft“, zum andern durch einen leider bis heute nicht behobenen Konstruktionsfehler im Grundgesetz: Enthaltungen im Bundesrat wirken sich bei zustimmungspflichtigen Gesetzen wie ein Nein aus, bei Einspruchsgesetzen wie ein Ja. Kann sich eine Landesregierung nicht einigen, enthält sie sich. Durch die vielfältigen Koalitionsmuster in den Ländern ist so eine Vetofunktion des Bundesrates gleichsam präjudiziert.

Wer stärker für ein Wettbewerbsmodell votiert,³⁶ strebt an, der Stimme des Wählers Geltung zu verschaffen. Das ist zumal in einer repräsentativen Demokratie wichtig, die den Bürgern zwischen den Wahlen keine politischen Korrekturen ermöglicht, höchstens indirekt durch ein Votum bei den Landtagwahlen. Auch wenn dies viele nicht wahrhaben wollen: In der Bundesrepublik Deutschland gibt es in habitueller und in inhaltlicher Hinsicht nach wie vor zwei „Lager“. Eine Polarisierung ist damit jedoch nicht verbunden – im Gegenteil. Ein Teil der Verdrossenheit speist sich daraus, dass für viele Wähler die Union nicht „schwarz“ genug und die SPD nicht „rot“ genug ist.

Bei allen Bundestagswahlen seit 1990 war klar: Eine Koalition zwischen Schwarz-Gelb oder Rot-Grün kommt zustande, wenn die Arithmetik mitspielte: wie 1990, 1994 und 2009 zugunsten von Schwarz-Gelb sowie 1998 und 2002 zugunsten von Rot-Grün. Dies gilt auch diesmal. Allerdings muss das Sinnvolle nicht das Wahrscheinliche sein – wie aufgezeigt. Dann hätten wir die Situation von 2005, mit einer wesentlichen Modifikation. Seinerzeit kam nur eine Große Koalition in Frage, da Dreier-Koalitionen politisch nicht gewollt waren. An dem letzten Umstand hat sich nichts geändert. Wohl aber gibt es die Möglichkeit einer anderen – lagerübergreifenden – Zweier-Koalition.

Die Absage an eine Koalition unter Einschluss der Linken kollidiert mit der Absage an ein lagerübergreifendes Koalitionsmodell. Die gängige Argumentation lautet wie folgt: (1) Wer die Linke nicht in der Regierung haben will, muss

35 Vgl. *Jesse, E.*: Der demokratische Verfassungsstaat der Bundesrepublik Deutschland – mehr konkordanzdemokratische als konkurrenzdemokratische Elemente, in: *Massing, P./Varwick, J.* (Hrsg.): Regierungssysteme, Schwalbach/Ts., 2013.

36 Vgl. besonders scharf *Darnstädt, Th.*: Konsens ist Nonsens. Wie die Republik wieder regierbar wird, München, 2006.

eine Große Koalition, „das“ lagerübergreifende Bündnis schlechthin, befürworten oder ein lagerübergreifendes Dreierbündnis. (2) Wer ein solches Modell verwirft, muss die Einbeziehung der Linken in einer Koalition in Kauf nehmen. Oder gibt es eine Möglichkeit, einerseits am Konkurrenzprinzip festzuhalten und andererseits eine prinzipiell nicht verfassungstreue Partei wie die Linke von der Regierungsbildung fernzuhalten? Hier kommt die Minderheitsregierung ins Spiel. Sie hat in Deutschland, nicht zuletzt aufgrund des wenig erhebenden Anschauungsunterrichts in der Weimarer Republik, kein gutes Renommee.³⁷ Doch sind derartige Vorbehalte angesichts der Stabilität des Landes so nicht begründet. Nicht jede Minderheitenregierung muss prekär sein, wie ein Blick nach Skandinavien zeigt, vor allem nach Dänemark und Schweden. Das gilt zumal dann, wenn die Partei, die die Regierung stützt bzw. toleriert, zum Verfassungsbogen zählt.

So ließe sich folgende Variante vorstellen. Für den Fall, dass es weder für eine schwarz-gelbe noch für eine rot-grüne Mehrheit reicht, könnte vor der Wahl folgender Konsens gelten. Wenn Schwarz-Gelb über mehr Stimmen verfügt als rot-grün, müssten die Grünen bereit sein, eine solche Koalition zu stützen bzw. zu tolerieren. Im Fall einer relativen Mehrheit für Rot-Grün gilt das gleiche für die Liberalen. Durch diese Vorkehrung erhielte eine Kraft, die nicht innerhalb des Verfassungsbogens agi(ti)ert, keinen Einfluss auf die Regierung, und das konkurrenzdemokratische Koalitionsmuster bliebe erhalten. Allerdings: Für die kleinere Partei, die Tolerierung zu praktizieren hat, wäre dies nicht ganz einfach zu kommunizieren. Freilich ließe sich ihr kaum Unglaubwürdigkeit vorwerfen, da mangels Regierungsbeteiligung weder von einem Bruch der Koalitionsaussagen noch von der Verführung durch Posten und Pfründe die Rede sein könnte.

VII. Ausblick

In einem Punkt sind die Verhältnisse bei der Bundestagswahl 2013 kalkulierbarer als bei den Wahlen zuvor. Das neue Wahlgesetz hat die Überhangmandate zwar nicht abgeschafft, aber nun sind, wie in den Ländern, Ausgleichsmandate vorgesehen. Ein Parteienbündnis, das eine Minderheit der Stimmen auf sich

37 Vgl. *Strohmeier, G.*: Wären Minderheitsregierungen in Deutschland auf Bundesebene besser als ihr Ruf? Mahnung aus Weimar und Verheißung aus Skandinavien, in: *Jesse, E./Sturm, R.* (Hrsg.): Bilanz der Bundestagswahl 2009. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, München, 2010, 491-509.

vereinigt, kann keine Mehrheit der Mandate erreichen und *vice versa*. Dieser Befund ist positiv, auch wenn das Wahlgesetz anderweitig Mängel aufweist.³⁸

In einem anderen Punkt hat die Unkalkulierbarkeit gegenüber 2009 zugenommen. Gab es 2009 – bei Licht besehen – nur zwei realistische Koalitionsoptionen (entweder Schwarz-Gelb oder Schwarz-Rot), so ist für 2013 eine weitere Variante ernsthaft in Erwägung zu ziehen: Schwarz-Grün. Der Grund ist doppelter Natur. Zum einen gibt es eine gewisse Annäherung zwischen den beiden Parteien aufgrund der abgeschwächten Lagerbildung, zum anderen wäre damit – durch eine beträchtliche Stabilisierung der Union und der Grünen gegenüber 2009 – eine klare Mandatsmehrheit verbunden. Sollte 2013 eine schwarz-gelbe Koalition ausbleiben, kommt auch diese Variante ins Spiel – eine „Koalition der Wahlsieger“.

Gewiss mag jeder Vorhersage vor dem Wahlkampf ein Gran Spekulation innewohnen³⁹, aber die nächste Koalition könnte eine schwarz-grüne sein, wiewohl die Anhänger der beiden Parteien dies aus strategischen Gründen weit von sich weisen. Für die SPD wirkt das Trauma nach der letzten Großen Koalition mit einem deprimierend niedrigen Stimmenanteil von 23,0 Prozent nach; für die Union ist angesichts der Schwäche der FDP die Suche nach einem zweiten Koalitionspartner von Bedeutung; und für die Grünen dürfte nicht nur das gute Abschneiden bei der Bundestagswahl wichtig sein. Sie will sich mit ihren Stimmengewinnen eine Machtoption erschließen. Ein schwarz-grünes Bündnis wäre in seinen Folgen voller Unwägbarkeiten.

Wenn es funktioniert und unter Umständen auf die Länder übertragen wird, steht die SPD vor einem Dilemma. Sie vermag in der Opposition nicht an einem Bündnis mit der FDP *und* der Linken gleichermaßen zu „basteln“, hat sich vielmehr für die eine *oder* andere Option zu entscheiden. Den Liberalen fehlt ein geeigneter Koalitionspartner, und die Linke könnte in das politische Abseits geraten. Funktioniert das Bündnis nicht und bricht während der Legislaturperiode auseinander, kehren sich die Risiken um, wengleich nicht spiegelbildlich. In diesem Fall darf die Union bestenfalls auf eine Große Koalition hoffen. Und sie

38 Vgl. Jesse, E./Dehmel, N.: Das neue Wahlgesetz zur Bundestagswahl 2013. Eine Reform der Reform ist unvermeidlich, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 44 (2013), 201-213; positiver urteilt Strohmeier, G.: Kein perfektes Wahlsystem, aber ein guter Kompromiss – unter schwierigen Rahmenbedingungen, in: Zeitschrift für Politik 60 (2013), 144-161.

39 Vgl. dazu die unterschiedlichen Einschätzungen: Jesse, E.: Eine neue Koalition. Warum Schwarz-Grün das wahrscheinlichere Regierungsbündnis ist; Decker, F.: Auf Nummer sicher. Warum die Große Koalition das wahrscheinlichere Regierungsbündnis ist, jeweils in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik 62 (2013), 265-270, 271-276.

muss damit rechnen, dass sie in die Opposition gerät – sei es, weil sich eine „Ampel“-Koalition bildet, zumal dann, wenn der „kommende Mann“ der Liberalen, *Christian Lindner*, den Parteivorsitz übernimmt; sei es, weil ein „Links-bündnis“ entsteht. Dies hätte zwar eine arithmetische, aber vielleicht keine politische Mehrheit. Immerhin würde der SPD und den Grünen ein solcher Schritt während einer Legislaturperiode einfacher fallen als direkt nach Wahlen.⁴⁰ Das Risiko für die Grünen wäre mithin im Vergleich zur Union deutlich gemindert. Was die drei Oppositionsparteien betrifft, steht die SPD am günstigsten da, wäre doch eine neue Regierung ohne sie unmöglich. Bei zwei von drei möglichen Varianten stellte sie sogar den Kanzler.

Schlagen wir den Bogen zum Beginn. *Paul Georg Hefty* hat Recht und Unrecht zugleich. Recht insofern, als der Wähler, der für die Union, die SPD und die Grünen votiert, nicht sicher sein kann, welche Koalition diese Parteien eingehen – für den Fall, dass die „Wunschbündnisse“ (Schwarz-Gelb versus Rot-Grün) an der Arithmetik scheitern. Es ist ein kritikwürdiger Befund, dass die drei Parteien sich im Vorfeld der Wahl nicht auf alternative Konstellationen einlassen – aus der Befürchtung heraus, eine derartige Debatte über eine Zweitoption würde die eigene Wählerschaft verschrecken.⁴¹ So ist es bei allem Verständnis für taktische Spielereien nicht zu rechtfertigen, wenn etwa *Horst Seehofer* erklärt: „Es wird nach der Bundestagswahl kein Bündnis von Union und SPD geben (...). Die Inhalte sind unvereinbar. Die klare Alternative 2013 lautet: Schwarz-Gelb oder Rot-Rot-Grün.“⁴² Die von *Seehofer* ausgeschlossene Variante ist möglich, die von ihm als möglich erachtete dagegen ausgeschlossen. Tatsächlich dürften die Wähler unzufrieden sein, wenn die Parteien nach dem arithmetischen Scheitern ihrer „Wunschkoalition“ ein anderes Bündnis eingehen, als sei dies die selbstverständlichste Sache der Welt. Unrecht insofern, als Deutschland eine Koalitionsdemokratie mit nach wie vor relativ festen Lagern ist. Die Parteien warten in vielen Fällen mit – positiven oder negativen – Koalitionsaussagen auf, an die sie sich halten.⁴³ Insofern stimmt die These vom „geringen Einfluss“ der Wähler auf das tatsächliche Ergebnis nicht. Der Wähler weiß: Die SPD geht kein Bündnis

40 Auch eine rot-grüne Koalition, toleriert durch die Linke, wäre eine – als weniger verhänglich angesehene – Variante.

41 Vgl. dazu *Best, V.*: Wie weiter nach dem Ende der Wunschkoalitionen? Institutionelle Konsequenzen und Reformvorschläge, in: *Decker, F./Jesse, E.*, a.a.O., 299-320.

42 *Seehofer, H.*: Weichen stellen, in: *Welt am Sonntag* vom 12. August 2013, 8.

43 Vgl. *Shubert, Th.*: Vorstufe der Koalitionsbildung oder strategisch-taktische Wahlkampfinstrumente? Koalitionsaussagen vor Bundestagswahlen, in: *Decker, F./Jesse, E.*, a.a.O., 47-113.

mit der Linken ein, die FDP keines mit der SPD und den Grünen, Bündnis 90/Grüne hingegen keines mit der Union *und* den Liberalen. Wähler der Linken wissen, dass ihre Partei zwar eine Koalition mit der SPD und den Grünen präferiert, aber zugleich auf Ablehnung bei der SPD stößt. Die beiderseitigen Koalitionssignale decken sich nicht.

Last but not least: Hefty spricht zu Recht von der „Seltenheit absoluter Wahlsiege“.⁴⁴ Diese Diagnose ist für die Bundestagswahl 2013 zwar wahrscheinlich, aber nicht zwingend. Sollte die FDP an der Fünfprozenthürde scheitern, könnte die Union theoretisch mehr Mandate auf sich vereinigen als SPD, Grüne und Linke gemeinsam, insbesondere wenn die Linke ebenfalls nicht in Fraktionsstärke in den Bundestag einzieht. Nach der Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen (Tab. 5) kommt die Union gegenwärtig auf 43 Prozent, die Konkurrenz der drei benannten Parteien hingegen auf 45 Prozent. Allerdings kann nicht mit einem Scheitern der Linken gerechnet werden, da allein schon der Gewinn von drei Direktmandaten durch *Gregor Gysi*, *Gesine Lötzsch* und *Petra Pau* sehr wahrscheinlich ist. Sollte der Fall einer Einparteienregierung dennoch eintreten, so ist damit nicht zwingend gesagt, dass jeder Wähler der Union dieses Ergebnis auch goutiert. Der Teufel steckt im Detail: Es mag eine Reihe von Unionswählern geben, die keine Alleinregierung „ihrer“ Partei wünschen. Die These *Heftys* ist, da sie sich nicht *in toto* widerlegen lässt, reichlich immunisierend formuliert.

Deutschland steht – was das Parteiensystem und das Koalitionsgefüge betrifft – im europäischen Maßstab gut da. Es weist ein funktionierendes bipolares Parteiensystem auf, das allerdings durch die parlamentarische Existenz der Linken in der Gefahr ist, keine lagerinternen Mehrheiten hervorzubringen. Vielleicht gilt auch nach der Bundestagswahl 2013, was für die vorherige festgestellt wurde: „In der Zusammenfassung war es mithin eine Wahl, die die Kanzlerin für ihre Partei gewann (...).“⁴⁵

44 Das gilt mittlerweile auch für die Länderebene. Nur in Hamburg gibt es eine Einparteienregierung (der SPD); sie erzielte mit einer relativen Mehrheit der Stimmen eine absolute Mehrheit der Mandate.

45 Hesse, *J.J./Ellwein*, *Th.*: Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, 10. Aufl., Baden-Baden, 2012, 358 (ohne die Hervorhebung im Original).